

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Wolfgang Clement, Vorstands-
sprecher der SPD, kritisiert den Bundes-
außenminister: Schädlicher
Genscherismus. Seite 1

Dr. Hans Krenendahl,
Stellvertretender Landes-
vorsitzender der Berliner
SPD, fordert die CDU auf,
sich von Provokationen zum
17. Juni zu distanzieren:
Rechtskonservative machen
Berlin unsicher. Seite 3

Freimut Duve MdB hält dem
"politischen Solotänzer"
Rudolf Bahro vor: Die Ge-
schichte ist kein Stafet-
tenlauf. Seite 4

Dr. Alfred Emmerlich MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der SPD-Bundestags-
fraktion, würdigt die Ver-
dienste des langjährigen
österreichischen Justiz-
ministers, Dr. Christian
Broda: Justiz mit mens-
lichem Gesicht. Seite 5

Dokumentation

Eine Würdigung des Ober-
kirchenrates i.R. Heinz
Kloppenburg durch Hans
Koschnick anlässlich der
Auszeichnung des Theologen
mit dem Großen Bundesver-
dienstkreuz. Seite 7

38. Jahrgang / 106

7. Juni 1983

Schädlicher Genscherismus

Vom opportunistischen Umgang des FDP-Vorsitzenden mit
sicherheitspolitischen Positionen

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

Es gehört zu den großen Schwächen der deutschen Sicher-
heitspolitik, daß der Bundesaußenminister seine Geschäfte
international eher administriert statt führt - und dabei
nur allzu gern dem Irrtum erliegt, eine Flugreise sei
schon Politik -, und daß er die Diskussion im Innern mit
winkeladvokatorischen Tricks und Finessen belastet, die
nur noch von seiner Neigung übertroffen werden, seine po-
litischen Positionen mit wohltonenden Phrasen einzupuppen.
Die "Wiesbadener Erklärung zur Friedenspolitik" des FDP-
Vorstandes ist dafür ein neuerliches Beispiel.

Der Mann, der anderen vorhalten zu müssen glaubt, sie seien
von gemeinsamen sicherheitspolitischen Positionen "abge-
schwenkt", hat tatsächlich bereits mehrfach - beispiels-
weise im Sommer 1981 - fruchtbare Gesprächsansätze zwischen
Ost und West verspielt, indem er verantwortete, daß sie
ungeprüft und ungenutzt blieben; insofern ist es beinahe
konsequent, wenn Hans-Dietrich Genscher heute den Begriff
der Entspannung, nachdem er ihn bereits zur "wirklichen
Entspannung" verhunzte, gänzlich unterschlägt. Das ist
sein Politikverständnis: Was nicht mehr opportun erscheint,
wird fallengelassen.

Jetzt ist der FDP-Vorsitzende dabei, seiner eigenen Partei
wie der deutschen Öffentlichkeit Sand in die Augen zu
streuen, wo es sehr bald darum gehen wird, im Zuge der
Genfer Verhandlungen sich endgültige Klarheit über die
deutsche Interessenlage zu verschaffen. Hierzu paßt seine
Ansicht, der Deutsche Bundestag habe sich im Falle eines
Fehlschlages in Genf mit der Stationierungsfrage nicht

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Printed in Germany
by Kempter Druckerei
Kempten-Papier



mehr zu befassen, weil schon die frühere SPD/FDP-Bundesregierung im Dezember 1979 die Stationierung amerikanischer Raketen zugestimmt habe.

Diese Ansicht offenbart nicht nur ein atemberaubendes Verhältnis zum Parlamentarismus, denn wie könnte der Deutsche Bundestag sich der Stimme über ein Thema enthalten, das gerade im Falle eines Scheiterns der Mittelstreckenverhandlungen die gesamte deutsche Öffentlichkeit mit Beschlag belegt wird? Sie ist auch eindeutig falsch, weil keineswegs nur die SPD, sondern auch Genschers eigene Partei, die FDP, stets einen Stationierungsautomatismus verneint hat, wie ihn Genscher jetzt behauptet!

So hat die FDP noch auf ihrem Wahlparteitag am 29./30. Januar dieses Jahres in Freiburg wörtlich beschlossen, sie werde "den konkreten Nachrüstungsbedarf auf einem Bundesparteitag im Lichte der bis dahin erreichten konkreten Verhandlungsergebnisse prüfen, wie das im NATO-Doppelbeschluß vorgesehen ist". Dieser Beschluß, der einen nahezu wortgleichen des "Wende"-Parteitages vom 5./7. November in Berlin aufnahm, ging wie durchaus ähnliche Beschlüsse der Sozialdemokraten davon aus, daß die Partei, bevor in Genf positive oder negative Fakten geschaffen werden, das Recht und die uneingeschränkte Möglichkeit haben müsse, ihre Meinung zu äußern.

Genscher hat dem in Berlin und Freiburg nicht nur zugestimmt, sondern ausdrücklich zugesichert, er werde dem nächsten FDP-Parteitag über Stand und Ergebnisse der Genfer Verhandlungen berichten und Gelegenheit zur Stellungnahme über die Nachrüstung bieten. Dabei wolle er, wie er dem "Spiegel" zusätzlich sagte, sich wenn irgend möglich nicht in einen Gegensatz zu der dann zu treffenden Entscheidung seiner Partei begeben, auch wenn er letztlich natürlich nur seinem "Gewissen" folgen könne.

Es ist Sache der FDP, ob sie ihrem Vorsitzenden den opportunistischen Umgang mit den eigenen Entscheidungen durchgehen lassen will; zu befürchten ist, daß sie dies tut. Für die deutsche Politik kann diese Art "Genscherismus" hingegen kein Maßstab sein: Der Deutsche Bundestag wird sein Wort gerade dann in die Waagschale zu werfen haben, und zwar selbstverständlich "gewissen"-haft, wenn wir in diesem Jahr tatsächlich an die Wegscheide zwischen Entspannung und Konfrontation, zwischen Abrüstung und Weiterrüsten kommen sollten. Aber bis dahin wird in Genf noch zu verhandeln sein - hoffentlich substantieller und weniger taktisch, als es der Bundesaußenminister derzeit der deutschen Öffentlichkeit vorführt. (-/7.6.1983/ks/rs)

+ + +



Rechtskonservative machen Berlin unsicher

CDU soll sich von Provokationen zum 17. Juni distanzieren

Von Dr. Hans Kremendahl

Stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD

Die aus Anlaß des 30. Jahrestages des 17. Juni 1953 vom 17. bis 19. des Monats in Berlin geplanten Veranstaltungen der sogenannten Konservativen Aktion sind geeignet, den inneren Frieden in unserer Stadt zu gefährden und die Lage in und um Berlin unsicher zu machen.

Die Konservative Aktion plant bekanntlich unter anderem, am Rande ihres Jugendkongresses zu den Hausbesetzern zu marschieren, "um offen gegen sie zu demonstrieren". Weiterhin ist eine "Besetzung" sowjetischer Einrichtungen mit sogenannten Mahnwachen und eine Flugblattaktion im, wie es heißt, "Kreuzberger Türkenviertel" vorgesehen, deren Zweck eine Aufforderung an die in Berlin lebenden Türken zur Rückkehr in ihre Heimat ist. Schließlich sollen 100.000 Luftballons vom Reichstagsgelände aus in Richtung Ost-Berlin aufgelassen werden.

Derartige Aktionen provozieren gewaltsame Auseinandersetzungen in der Stadt und sind gegen unsere Interessen als Berliner gerichtet.

Unverständlich und unannehmbar ist die angekündigte Teilnahme führender CDU-Politiker wie Bundesfinanzminister Stoltenberg, Ministerpräsident Barschel und eventuell auch Ministerpräsident Strauß sowie von CSU-Bundestagsabgeordneten im Rahmen eines solchen Veranstaltungsprogramms.

Ich fordere den Regierenden Bürgermeister und Landesvorsitzenden der CDU auf, sich im Interesse Berlins von derartigen Veranstaltungen zu distanzieren und auf seine Parteifreunde einzuwirken, sich von Provokationen wie den von der Konservativen Aktion geplanten fernzuhalten.

(-/7.6.1983/ks/rs)

+ + +



Die Geschichte ist kein Stafettenlauf

Bemerkungen zu Rudolf Bahros jüngsten Thesen

Von Freimut Duve MdB

Rudolf Bahro, der Solotänzer auf der Bühne der politischen Theorie, hält die Sozialdemokratie für abgeschlossen. Es lebe die schwarz-grüne Zukunft! Die Grünen hätten den Stafettenstab der Geschichte von der Sozialdemokratie übernommen!

In der Tat, die Reaktionäre von rechts stehen bereit, um ihnen den Stab wieder aus der Hand zu nehmen.

Während die reaktionär-konservative Mehrheit stumm zusieht, wie in Lateinamerika ganze Völker nach uraltem Muster ihrer sozialen Rechte beraubt werden (also noch auf einen Stabwechsel hoffen, den Bahro's Geschichtsmechanik vor 200 Jahren passiert haben müßte), während die Reagonomics auch in Deutschland probiert werden, verbreitet Bahro säkularen Quark.

Es ist eine Sache, einen groß angelegten (und großen) Entwurf zu weltgeschichtlichen Abläufen vorzulegen, wie es Bahro mit seinem Buch "Die Alternative" getan hat. Aber es ist eine andere Sache, sich auf die realen Interessengegensätze und ideologischen Tageskämpfe einzulassen. Wer den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit, auf Solidarität und persönliche Freiheit leichtfertig auf die Aschenbahn der Geschichte wirft, um sich so als Fortschrittsträger der Bürde der Geschichte zu entledigen, hat weder die Politik in der Parlamentarischen Demokratie noch die Geschichte der Industriegesellschaft verstanden.

Wenn es denn große Stabwechsel in der jüngeren Geschichte gegeben hat, so ist dieser historische Stafettenlauf von einem tragischen Durcheinander, von Umwegen und Rückläufen gekennzeichnet:

- Die bürgerliche Freiheit -

Das wäre ein möglicher Stabwechsel zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert gewesen, aber die bürgerliche und spießbürgerliche Restauration hat den Deutschen Militarismus und den Griff nach der Weltmacht beschert.

- Die soziale Gerechtigkeit -

Das wäre ein großer Stafettenwechsel vom 19. zum 20. Jahrhundert gewesen, aber Europa und die Welt haben den Umweg über Hitler teuer bezahlen müssen.

Nein, die Geschichte ist kein Stafettenlauf, wie Rudolf Bahro, dessen alljährliches Theatertexte ihn langsam zum traurigen Lenin-Verschnitt werden läßt, es in Hannover dargestellt hat.

Die großen alten Fragen: Die bürgerlichen Freiheiten, die soziale Frage, die religiöse Toleranz, sie sind nicht ein für alle Mal geklärt. Wer die ökologische Frage bewältigen will, darf die alten Fragen nicht über Bord werfen.

Die Sozialdemokratie hat sich in ihrer Geschichte immer bemüht, die nie endgültig beantworteten "alten" Fragen mit den vielen neuen Fragen zu verknüpfen. Sie hat, anders als die Kommunisten, die bürgerliche Freiheit, die Liberalität in ihr Programm übernommen. Sie ist heute nicht bereit, die soziale Frage über Bord zu werfen. Aber sie ist dabei, sich der ökologischen Herausforderung an die Demokratie und an die Industriegesellschaft zu stellen.

(-/7.6.1983/ks/rs)

+ + +



Justiz mit menschlichem Gesicht

Der langjährige österreichische Justizminister Dr. Christian Broda kann auf ein großes Reformwerk zurückblicken

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der Neubildung der österreichischen Regierung aus Sozialisten und Freiheitlichen ist auch ein Politiker aus dem Amt geschieden, der fast 20 Jahre lang die Rechts- und Gesellschaftspolitik unseres Nachbarlandes gestaltet und geprägt hat und der darüber hinaus der europäischen Rechtspolitik wichtige Impulse und Anregungen gab: Dr. Christian Broda.

Broda war von 1960 bis 1966 und von 1970 bis 1983 österreichischer Justizminister - länger als jeder andere seiner Amtsvorgänger. Eine Vielzahl von rechtspolitischen Reformen, die zugleich auch erhebliche gesellschaftspolitische Auswirkungen hatten, sind mit seinem Namen verknüpft, beispielsweise die Strafrechtsreform und die Familienrechtsreform.

Grundlage für die Rechtspolitik der österreichischen Sozialisten ist die Einsicht in die Wechselwirkung von den Änderungen im gesellschaftlichen Unterbau und den dadurch bedingten Veränderungen im gesellschaftlichen Überbau - dem Sein und dem Bewußtsein, wie es auch in ihrem Parteiprogramm formuliert ist. So erklärt Broda auch die Zustimmung, die die Reformgesetzgebung in der Gesellschaft gefunden hat: Sie vollzog auf rechtspolitischer Ebene das nach, was sich als gesellschaftliche Praxis bereits herausgebildet hatte und von der Bevölkerung akzeptiert wurde.

Das gilt insbesondere für die Familienrechtsreform, die Broda als Verwirklichung eines Programmpunktes der unvollendet gebliebenen Revolution von 1848 bezeichnet und die unter anderem die Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft auch rechtlich gewährleistete. Daß andererseits die Festschreibung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Familienrecht auch die gesellschaftliche Praxis beeinflusste, zeigt sich daran, daß nach der Verabschiedung der Reform Frauen in stärkerem Maße die Möglichkeit wahrnahmen, eine eigene qualifizierte Berufstätigkeit zu erlernen und auszuüben.

Weitere Reformen im Familienrecht waren die Neuregelung des Scheidungsrechts und die Schaffung eines Unterhaltsvorschußgesetzes, das den Staat verpflichtet, an die Kinder Unterhaltsvorschüsse zu leisten, deren Väter ihrer Unterhaltspflichtung nicht nachkommen. Als "Justiz mit menschlichem Gesicht" charakterisiert Broda die Intention, die hinter dieser Reformgesetzgebung steht.

Die große Strafrechtsreform, die mit der Übernahme des Justizressorts durch Broda im Jahre 1960 eingeleitet wurde, läßt sich am treffendsten mit dem Satz: "Helfen ist besser als strafen" kennzeichnen. Für besonders bedeutsam hält er daher auch die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Einführung der Bewährungshilfe in den Jahren 1961 und 1975 für jugendliche und erwachsene Straftäter. Ohnehin hat Broda an seiner Utopie einer "gefängnislosen Gesellschaft" trotz vieler Anfeindungen in der Öffentlichkeit stets festgehalten. Da nach seiner Überzeugung "die Gesellschaft nicht besser wird, wenn sie sehr viele Gefängnisse hat", bemühte er sich, Alternativen zur Freiheitsstrafe zu schaffen. Als einen wichtigen Schritt in diese Richtung sieht er deshalb die Tatsache, daß derzeit dreiviertel aller strafgerichtlichen Urteile zu Geldstrafen führen, die einkommensabhängig gestaffelt sind.



Bezeichnend für den Rechtspolitiker und Sozialisten Broda ist aber, daß er bei einer Rückschau auf sein Politikerleben als größten Erfolg nicht etwa eines der Gesetze nennt, die während seiner Amtszeit als Justizminister geschaffen wurden, sondern als seinen schönsten Tag im Parlament bezeichnet er den 16. Februar 1968, als auf einen Initiativantrag, welchen er für die sozialistische Fraktion vertreten hatte, der österreichische Nationalrat ohne Gegenstimme die Abschaffung der Todesstrafe beschloß. Und so ist es für ihn auch besonders wichtig, daß noch in den letzten Tagen seiner Amtsführung die österreichische Initiative im Europarat verwirklicht werden konnte, die europäische Menschenrechtskonvention durch das sechste Zusatzprotokoll über die Achtung der Todesstrafe zu ergänzen. Diese Initiative ging auf ihn zurück und wurde auch und vor allem durch sein Engagement getragen.

Den aus dem Amt geschiedenen österreichischen Justizminister Broda zu würdigen, heißt, ihn als Persönlichkeit zu würdigen, der die österreichische und europäische Rechtspolitik über fast zwei Jahrzehnte gestaltete und dem immer bewußt war, daß Rechtspolitik zugleich auch Gesellschaftspolitik ist. Es heißt aber auch, ein großes Reformwerk zu würdigen, das seinen geistigen Ursprung in den freiheitlichen, republikanischen Traditionen hat und in dessen Mittelpunkt stets der Gedanke des Schutzes und der Hilfe für den Bürger stand.

Rechtspolitiker der SPÖ erinnern sich gern an die enge Zusammenarbeit mit ihm. Mit den sozialdemokratischen Justizministern, insbesondere mit Hans-Jochen Vogel, verband ihn darüber hinaus auch eine freundschaftliche Beziehung.

Christian Broda kann mit 67 Jahren in den Ruhestand mit der beruhigenden und befriedigenden Gewißheit gehen, daß sein Reformwerk Bestand hat, weil es von der Zustimmung der Bevölkerung getragen wird, und daß auch künftig die Fortführung der Rechtsreform in der neuen sozialliberalen Regierungskoalition unter dem FPÖ-Justizminister Ofner fortgeführt wird.

(-/7.6.1983/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION"Radikale Friedensliebe - prägende Haltung von Bruder Kloppenburg"

Der Bundespräsident hat Oberkirchenrat i.R. Dr. theol. h.c. Heinz Kloppenburg, D.D., das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, hat die Ansprache bei der Verleihung gehalten. Der SPD-Pressedienst dokumentiert Koschnicks Worte:

"Sehr geehrter, lieber Heinz Kloppenburg, oder darf ich sagen, lieber Bruder Kloppenburg, ich habe dem Bundespräsidenten vorgeschlagen, Ihnen das Große Bundesverdienstkreuz zu verleihen, nicht nur, weil ich Ihr kirchliches und politisches Engagement in Vergangenheit und Gegenwart besonders hoch schätze, sondern auch, weil mir wichtig ist, daß unsere bundesrepublikanische Gesellschaft in all ihrer Vielschichtigkeit - auch was die offiziellen Ehrungen anbelangt - von Menschen repräsentiert wird, die es in dieser Gesellschaft nicht leicht gehabt haben und die es dieser Gesellschaft auch nicht immer leicht gemacht haben. Menschen, die gegen den Strom schwimmen, sind meist unbequem, aber sie sind das Ferment jeder demokratischen Gesellschaft, und was heute an humanen Kräften in Deutschland wirksam ist, verdankt sie größtenteils dieser Minderheit, die den 'aufrechten Gang' nie verlernt hat.

Ihr Leben, Bruder Kloppenburg, ist dafür beispielhaft. Als ich vor einigen Wochen die Einführungsrede zu halten hatte für die Ausstellung 'Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz', da tauchte bei der Vorbereitung dazu immer wieder auch Ihr Name auf. Als die Nazis in Deutschland an die Macht kamen, waren Sie nicht ganz 30 Jahre alt. Und schon am Heiligabend 1933 hatte Ihre Ablehnung des Nationalsozialismus für Sie unangenehme Folgen: seit 1932 Pfarrer in Wilhelmshaven, wurde Ihnen hier Rede- und Versammlungsverbot auferlegt. Die Begründung: Sie vermischten geistliches Amt und politische Betätigung. Eine Haltung, die Ihnen auch später immer wieder vorgehalten wurde, nicht nur von den Nazis und den Deutschen Christen, auch von Mitstreitern aus der Bekennenden Kirche.

1934 nahmen Sie an der Barmer Bekenntnissynode teil, Sie wurden Vorsitzender des Pfarrernotbundes und der Bekennenden Kirche in Oldenburg, dann Mitglied des Reichsbruderrates und des Rates der DEK, schließlich ab 1940 Vorsitzender der Konferenz der Landesbruderräte. Die schwerwiegendste Maßnahme wurde 1937 gegen Sie eingeleitet. Ihre deutsch-christliche Kirchenleitung versetzte Sie in den Ruhestand. Man verbot Ihnen alle Amtshandlungen, die Amtstracht, ja sogar das Betreten der kirchlichen Räume. Die Gestapo folgte mit einem Rede- und Versammlungsverbot für das ganze Reich.

Diesen gewaltsamen Ruhestand haben Sie dann freilich dazu genutzt, Ihren Kampf gegen die braune Diktatur noch auszuweiten. Ihre Freunde berichteten, daß Sie die Fahrpläne der Reichsbahn auswendig kannten und ständig unterwegs waren, um die Verbindungen zwischen den Landeskirchen und den Gemeinden im Kirchenkampf aufrechtzuerhalten. Sie haben, lieber Heinz Kloppenburg, auch den Bremer bekennenden Christen vielfach hilfreich zur Seite gestanden. Sie haben aber auch aus Bremen Hilfe erhalten. Ich will nur ein Beispiel anführen, das Ihr Freund und Mitbruder Gerold Jaspers, der ja heute auch anwesend ist, überliefert hat. Als einmal Ihre elektrische Vervielfältigungsmaschine, mit deren Hilfe Sie im ganzen Reich Nachrichten verbreiteten, und die von der Gestapo immer vergeblich gesucht wurde, als dieser Apparat einmal streikte, da waren Sie zunächst hilflos, da ja keine Firma mit der Reparatur beauftragt werden durfte. Nur, wer brachte Hilfe: ein junger Feinmechaniker aus Bremen, Kurt Köppen aus der St. Stephani-Gemeinde. Mit Stacheldraht machte er das Ding wieder flott. Die Produktion konnte weiter laufen.

Ihre Aktivitäten nach dem Krieg sind so vielfältig und zahlreich, daß sie nicht alle angeführt werden können. Ich will nur einige Stationen aufzählen: Von 1947 bis 1950 arbeiteten Sie als Sekretär in der Flüchtlingsabteilung des Ökumenischen Rates der Kir-



chen in Genf; 1948 bis 1961 waren Sie Delegierter der EKD bei den Vollversammlungen des Ökumenischen Rates; als Nachfolger von Gustav Heinemann waren Sie von 1961 bis 1973 Mitglied der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten. Sie waren Mitbegründer der Konferenz europäischer Kirchen. Bis 1968 waren Sie Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz, die 1958 vor allem von Hans Iwand und dem Prager Theologen Josef Hromádka in Gang gebracht worden war. Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei protestierten Sie zusammen mit Hromádka gegen diese militärische Intervention. Folge: Sie wurden Ihres Amtes enthoben. Lange Jahre waren Sie Vorsitzender des internationalen christlichen Versöhnungsbundes, dessen Präsident Sie noch sind. Seit 1971 sind Sie Präsident der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Zu Ihren wichtigsten und einflußreichsten Aufgaben gehörte und gehört die Herausgabe der 'Jungen Kirche', die nach 1933 die wichtigste Zeitschrift der Bekennenden Kirche war und deren Redaktion Sie 1953 übernahmen. Sie war die Lieblingszeitschrift Gustav Heinemanns, der sich, nach seinen eigenen Worten, von ihr immer das Gewissen schärfen ließ.

Fragt man nach den Themen und Inhalten, die Ihr Leben bestimmt haben, so sind zu nennen: Versöhnung, Menschenrechte, Brüderlichkeit, und vor allem Frieden. Ihre radikale Friedensliebe ist wohl Ihre prägendste Haltung, lieber Heinz Kloppenburg. Sie haben schon zu dieser Zeit gemahnt, wo die Bedrohung des Friedens noch nicht so offensichtlich war wie heute. Und Pazifisten haben es in Deutschland immer sehr schwer gehabt, meist auch noch nach ihrem Tod. Ich erinnere nur an die beschämende Diskussion in Ihrer zeitweiligen Heimatstadt Oldenburg über Carl von Ossietzky. Heute, und das wird Ihnen eine tiefe Genugtuung sein, ist die Friedensbewegung in der Bundesrepublik nicht nur ein machtvoller politischer Faktor, sie ist, gerade von Ihren christlichen Prämissen her, Hoffnungsträger für eine gerechtere und menschlichere Welt.

Grundlage Ihres Engagements, lieber Bruder Kloppenburg, war und ist das Bemühen um Nachfolge Jesu Christi. Und wer sich so entschieden auf diesen Jesus Christus einläßt, das zeigt die 'Christengeschichte' - ich sage bewußt nicht Kirchengeschichte - und das zeigt Ihr eigenes Leben, lieber Bruder Kloppenburg, dessen Lebensweg verläuft nicht glatt, sondern oft sehr steinig und mühselig. Ich vermute, daß Sie, wie manche Ihrer Freunde und Mitstreiter, nicht wenig geprägt worden sind durch Karl Barth, dessen Schüler Sie waren. Barth, der schon in den Zwer Jahren streng zwischen Evangelium und Christentum unterschied, Christentum als etwas historisch Gewordenes, von Kultur und Umwelt geprägt, Evangelium dagegen als die ursprüngliche und unverfügbare Botschaft Jesu und der Urgemeinde. Christentum in diesem Zusammenhang ist immer auch die Welt, die versucht, sich das Evangelium dienstbar zu machen. Und wir wissen alle, wie leicht Christentum zu bürgerlicher Ideologie verkommen kann. Ich sage dies nicht moralisierend, sondern im Wissen um die eigene 'christliche' Unzulänglichkeit. Dem Evangelium möglichst treu zu bleiben, erfordert nicht nur, unserem 'alten Adam' zu widerstehen, sondern bringt uns auch oft in Gegensatz zu unserer engsten Lebenswelt. Unser tägliches Leben und die Ethik der Bergpredigt stimmen nur selten überein. Dennoch: uns ist aufgetragen, Stachel im Fleisch der Welt zu sein.

Sie, lieber Heinz Kloppenburg, waren und sind anstößig in unserer Welt, in diesem guten biblischen Sinn, und nur so konnten und können Sie auch Anstöße geben. Die Verleihung des Verdienstkreuzes soll Ihr Leben nicht nur ein wenig ehren, sie soll vor allem den Nachgeborenen Ansporn sein zum mitmenschlichen Handeln." (-/7.6.1983/vo-he/rs)

+ + +

